

fest die schwarz-gelben Wendehälse dann noch sind und wie konsequent die grünen Ein-Punkt-Idealisten. Wirtschaft und Infrastruktur und Nachhaltigkeit und Partizipation? Baden-Württemberg wird ein neuer Referenzraum werden für solche Zukunftsdebatten.

Neben dem Atomausstieg aber müssen andere Themen angepackt werden. Wirtschaftliche Themen und die Frage des sozialen Zusammenhalts über die Milieus hinweg, Integration und Armut, Demokratiethemata, die Unterdeckung der Staatsfinanzen. Da ist der Markenkern anderer Parteien als der der Grünen berührt. Egal

auch hier, wie sozial oder wirtschaftskompetent sich dann diese Grünen darzustellen versuchen.

Programmatische Trennschärfe der Parteien bis in jedes Detail ist ohnehin passé. Umso mehr kommt es auf politische Haltung und persönliche Glaubwürdigkeit an. Aber grundlegende politische Impulse haben auch künftig immer mit Abgeben und nicht nur mit Zugewinnen zu tun. Mit Verteilung also und nicht nur mit Gefühlsbindung. Noch ist nicht erkennbar, wie die neue politische Klammer nach den Jahren des Lavierens, wie die Zeit nach Angela Merkel, aussehen wird.

Kai Hafez

Plädoyer für eine neue (Nah-)Ostpolitik

Die aktuelle politische Uneindeutigkeit der USA und der EU gegenüber den arabischen Autokratien einerseits und den Demokratisierungsbewegungen andererseits offenbart wieder einmal die Kluft zwischen werteorientierter Rhetorik und interessenorientiertem Handeln. Unser Autor skizziert die Eckpunkte für eine konsistente Außenpolitik des Westens.

Aus der Sicht vieler Menschen in der arabisch-islamischen Welt, aber auch in Deutschland und Europa, war die westliche außenpolitische Reaktion auf den politischen Umbruch in Ägypten zu zögerlich und inkonsequent. Von den Außenpolitikern der ersten Reihe, von Barack Obama oder europäischen Außenministern, traute sich niemand, den Diktator Hosni Mubarak offen zum Rücktritt aufzufordern und die Demokratiebewegung zu unterstützen. Das D-Wort wurde tunlichst vermieden und durch den vagen Begriff der »Reform« ersetzt, dem sich die Regierung Mubarak stellen müsse. Wenn schon »Demokratie«, dann müsse das alte Regime die Sicherheit der Bürger und einen friedlichen Übergang dorthin garantieren. Ein klares Bekenntnis zu einer Demokratisierung, die, was jedem auf dem Kairoer Tahrir-Platz klar war,



Kai Hafez

(*1964) ist Politologe und seit 2003 Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt und 2010/11 zugleich Visiting Fellow der American University in Cairo.

kai.hafez@uni-erfurt.de

nicht von den Kräften des alten Regimes allein getragen werden konnte, hätte anders ausgesehen.

Am zweiten Tag der Aufstände, als ich selbst noch in Kairo war, rief mir einer der Demonstranten zu: »Hoffentlich bekommen wir keine demokratisch gewählte Pfeife wie Obama!« Man könnte sich über das neue Selbstvertrauen der Ägypter freuen oder auch Obama in Schutz nehmen, der immerhin noch deutlicher Stellung bezog

als die Europäer. Aber eine verbreitete Ratlosigkeit über die westliche Außenpolitik blieb. Wie konnte es sein, dass die westlichen Industriestaaten über Jahrzehnte Demokratie predigten, zugleich aber mit ihren Militär- und Wirtschaftshilfen geradezu das Überleben von Regimes in Tunesien, Ägypten, aber auch andernorts, in Saudi Arabien, Jordanien usw. sicherten?

Dann kam der Aufstand in Libyen. Nach zögerlichen ersten Wochen entschieden sich viele westliche Staaten zu einem radikalen Richtungswechsel. Statt tatenlos zuzusehen, verabschiedeten sie im UN-Sicherheitsrat eine Flugverbotszone über Libyen. Westliche Fliegerangriffe auf die Truppen des Diktators Gaddafi signalisieren, dass der Westen seine Fehler von Ägypten nicht wiederholen will und die Kritik an der Tatenlosigkeit westlicher Außenpolitik und ihrer Kungelei mit Diktatoren gelernt hat. Sehr umstritten aber ist, ob ein militärischer Einsatz hier der richtige Weg ist, denn die menschlichen Kosten sind hoch und der Erfolg, ohne Bodentruppen, alles andere als garantiert. Außerdem irritiert, dass der Westen bis heute sein ökonomisches Sanktionspotenzial gar nicht ausgeschöpft hat. Ein großer Teil der Finanzen Gaddafis ist noch immer nicht eingefroren. Europa und die USA können also offensichtlich entweder nur zuschauen oder bomben – intelligente wirtschaftliche und politische Sanktionspolitik bringen sie nicht zustande.

Wieso sind westliche Industriestaaten auf der einen Seite zu massiver Kriegsführung und Vernichtung von Menschenleben bereit, um doch angeblich Menschenrechte und Demokratie im Irak und in Afghanistan oder jetzt auch in Libyen zu sichern, während sie zugleich geradezu höflich zurückhaltend sind, wenn es darum geht, einem Regime wie dem des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak den letzten Stoß zu versetzen? Vieles spricht dafür, dass Nordafrika und der Nahe und Mittlere Osten erst am Anfang einer neuen »Welle der Demokratisierung« stehen. Die Ver-

einigten Staaten und die Europäische Union müssen nach neuen konzeptionellen Antworten auf diese Situation suchen, um beim nächsten Aufstand besser reagieren zu können.

Werteorientierte Rhetorik vs. interessenorientiertem Handeln

Es gibt gegenwärtig zumindest drei Schulen der westlichen Außenpolitik. »Realisten« stellen die nationalen Interessen in den Vordergrund. »Neokonservative« (wie ehemals George W. Bush) suchen nationale Interessen über einen Demokratieexport, notfalls auch militärisch, zu erreichen. Ihre Mittel sind aus humanitärer Sicht oft kritikwürdig, ihre Ziele allerdings zeugen zumindest teilweise von einem positiven Menschenbild, das Demokratie überall für möglich hält, auch wenn sich dies mit einem arroganten amerikanischen Führungsanspruch und einer manichäischen Haltung zum Krieg paart. Der Anspruch für Menschenrechte und Demokratie einzutreten, verbindet sie sogar mit den »liberalen, humanitären Interventionisten«, die nicht zuletzt bei den deutschen Grünen, aber eigentlich auch in fast allen anderen etablierten Parteien, die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Intervention für die Werte von Menschenrechten und Demokratie rechtfertigen und den eiskalten Realismus nationalstaatlicher Interessenpolitik verurteilen.

In der amerikanischen Außenpolitik ist am deutlichsten zu erkennen, dass der Westen in den letzten Jahrzehnten zwischen »realistischer« und »neokonservativer« Außenpolitik hin- und herpendelte. Während Präsidenten wie Bill Clinton sich mit vielen Diktatoren arrangiert hatten – auch als Privatmann rief er noch vor wenigen Wochen zur Stützung Mubaraks auf –, leitete sein Nachfolger George W. Bush einen Paradigmenwechsel ein und stürzte den Diktator Saddam Hussein. Dass dabei

eigentlich sehr »realistische« amerikanische Interessen am irakischen Öl und an der Eindämmung Chinas Pate standen, darf angenommen werden. Insofern knüpfte der jetzige Präsident Obama mit seiner zögerlichen Distanzierung von Mubarak auch an eine lange Tradition der amerikanischen Interessenpolitik an, die sich schon im 19. Jahrhundert weigerte, den europäischen Revolutionären zu Hilfe zu kommen. Der Militärschlag in Libyen soll Stärke und Solidarität zeigen; aber als Wegweiser für eine neue Politik gegenüber mehr als 20 arabischen Staaten taugt er nicht, denn die Probleme liegen tiefer.

Die Kluft zwischen wertorientierter Rhetorik und interessenorientiertem Handeln in der westlichen Außenpolitik ist seit Jahrzehnten bisweilen enorm groß. Gerade gegenüber Nahoststaaten pflegte der Westen intensive Beziehungen zu allen Diktatoren, solange sie sich seinen wirtschafts- und geopolitischen Interessen fügten. Dies galt und gilt für wirtschaftsschwache Staaten wie Marokko und Jordanien, früher auch für Tunesien und Ägypten, deren Re-

gimes ohne westliche Militär- und Finanzhilfe gar nicht hätten überleben können. Durch Waffenlieferungen und aktive militärische Eingriffe werden auch die reichen Diktaturen Saudi-Arabiens und der arabischen Golfemirate am Leben erhalten, deren Staatsgründungen ohne die Eingriffe der Kolonialstaaten England und Frankreich niemals erfolgt wären.

Ist die Flucht in die Nostalgie der Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts, bei der zumindest versucht wurde, Werte- und Interessendimensionen zu vereinen, eigentlich die einzig denkbare Reaktion auf diese Misere? Es ist an der Zeit, endlich eine Neukonzeption der deutschen bzw. westlichen Nahostpolitik einzuleiten, die nicht nur die Doppelmoral der herrschenden Außenpolitik verringert, sondern auch die Interessen des Westens neu definiert und sie aus den Fängen derjenigen Eliten befreit, die den Status Quo stützen, weil sie etwa den Nahostkonflikt im Sinne Israels nicht neu diskutieren oder Partnerschaften im Erdölsektor und zur Eindämmung Chinas aufrecht erhalten wollen.

Eckpunkte einer neuen westlichen (Nah-)Ostpolitik

Erstens: Werte. Der diplomatische Umgang mit Diktaturen sollte im Interesse des Weltfriedens auch Kooperation mit diesen Regimes erlauben. Länder wie Russland oder China lassen sich schon wegen ihres militärischen und wirtschaftlichen Gewichts weder bekämpfen noch isolieren. Aber auch für alle anderen Diktaturen gilt: Solange sie keinen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führen oder sie anderweitig vernichten, sollte man nach diplomatischen Wegen des Umgangs mit ihnen suchen. Nötig ist zugleich aber eine kritische Distanz, die sich in praktischer Politik niederschlägt. Die einstige »Ostpolitik« dient hier als Vorbild für eine ausgewogene Mischung. Die EU aber hat die Demokratieförderung in Nordafrika Jahrzehnte lang völlig vernachlässigt, zum Beispiel, indem sie deren Finanzierung im Rahmen des sogenannten Barcelona-Mittelmeerdialogs verkümmern ließ. Es ging dort fast nur noch um die Abschottung vor Flüchtlingen. Es wäre gefährlich und würde die Welt ins Chaos stürzen, würde der Westen alle politischen Systeme außer den demokratischen delegitimieren. Diktaturen dürfen aber auch nicht erst durch das Zutun der USA oder der Europäischen Union überlebensfähig werden.

Zweitens: Sicherheitsinteressen. Es ist ein Irrglaube, dass Diktaturen sicherheitspolitische Stabilität garantieren. Länder wie Ägypten und Saudi-Arabien sind der *breeding ground* des islamistischen Terrorismus. Diktaturen sind in aller Regel unfähig, soziale Probleme zu lösen, die viele Entwicklungsländer zu politischen Pulverfässern machen und an der Wurzel des nordafrikanischen Flüchtlingsproblems liegen. Zugleich ist erwiesen, dass zwar auch Demokratien Schwierigkeiten mit der sozialen Frage haben, jedoch untereinander kaum Kriege führen.

Drittens: Wirtschaftsinteressen. Die westlichen wirtschaftspolitischen Interessen

müssen sich diesem politischen Primat beugen. Auch arabische Demokratien wollen Erdöl verkaufen, den Preis regelt der Weltmarkt. Keine Angst also vor dem Freiheitsbedürfnis anderer! Allerdings müssen auch wirtschaftliche Beziehungen partnerschaftlich ausgerichtet sein, was sie zum Teil nicht sind. Während Europa seine Produkte überall im Nahen Osten verkauft, bestehen gerade für arabische Agrarimporte in die EU zum Teil noch Beschränkungen. Auch die deutsche Entwicklungspolitik, die staatliche wie die der politischen Stiftungen, gehört auf den Prüfstand, Demokratieförderung muss aufgewertet werden.

Viertens: Kultur. Es gilt endlich einzugestehen, dass die Demokratie eine universelle Entwicklung ist, die nichts mit der Frage der kulturellen Eignung zu tun hat. Demokratie ist das beste politische System für komplexe moderne Gesellschaften. Die von Huntingtons *Kampf der Kulturen* angeschobene und im Westen verbreitete Ansicht, außereuropäische Kulturen, und insbesondere die islamische Welt, seien demokratieresistent, ist Unsinn. Umfragen und Studien zeigen das bereits seit vielen Jahren. Die Angst des Westens vor »dem Islam« ist so tiefgreifend, dass sie dessen Außenpolitik oft davon abhält, das Richtige zu tun.

Das vom Berliner Politologen Herfried Münkler jüngst im *Spiegel* veröffentlichte Argument, man müsse die »Kosten der Wertebindung« gegen den »Nutzen der Interessenbindung« abwägen, ist aus mehreren Gründen nicht weiterführend. Zum einen sind spieltheoretisch beeinflusste *Rational-Choice*-Ansätze zwar seit geraumer Zeit in Mode, weil sie ein Ende ideologisch begründbarer Politik suggerieren. Letztlich verbirgt sich hinter diesem Denken jedoch das alte realistische Diktum und ein utilitaristisches Politikverständnis. Abstrakte Kosten-Nutzen-Kalküle verlangen zwar unseren Politikern wenig ab, sie verkennen aber, dass Menschen, Völker und ganze Staaten auch ethisch handeln und

solidarisch sein können, zu Opfern in der Lage sind, und dass in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Globalisierung Politik nicht mehr allein von engen nationalen Interessen regiert werden darf, sondern zunehmend interdependent gedacht werden muss.

Zum anderen verbergen *Rational-Choice*-Ansätze zudem, dass die Definition von »Interessen« wahrnehmungsabhängig ist. Die oben vorgeschlagene Neubewertung von wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen, die keineswegs – wie vielfach gedacht und auch von Münkler behauptet – im Gegensatz zur Demokratisierung steht, ist bisher daran gescheitert, dass Außenpolitiker aus Angst oder Kalkül lieber Demokratie und Sicherheit gegeneinander aufwogen. Für eine Revision der Außenpolitik wird es einer verstärkten öffentlichen Debatte bedürfen, die Fragen der internationalen Politik aus den Refugien von Geheimdiplomaten und Expertenkreisen herausholt.

Die fehlende Debatte

Konzeptionelles Denken über Außenpolitik findet in Deutschland zu wenig statt. Die bekannte Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) hatte dies bereits nach der Wende von 1989 beklagt. Amerikanische Institutionen und Meinungsführer sind in diesem Feld oft wesentlich produktiver. Die »Denkfabrik« *Carnegie Endowment for Peace* zum Beispiel beförderte in den letzten Jahren behutsam ein Umdenken von der Kooperation mit Diktaturen hin zu einer Zusammenarbeit mit arabischen Oppositionskräften, auch unter Einschluss bestimmter islamistischer Parteien.

Zwar sind auch in deutschen politischen Stiftungen entsprechende Überlegungen immer wieder angestellt worden. Doch weder die sozialdemokratisch-grüne Regierung Schröder (1998-2005) noch die

Regierungen Merkels (ab 2005) haben solche Ziele mit Nachdruck verfolgt, zumal diese eine außenpolitische Umorientierung vor allem des Bündnispartners Vereinigte Staaten und ein neues Verhältnis zu den Autokratien der islamischen Welt verlangen würden. Auch innenpolitisch wäre vor dem Hintergrund der in Europa verbreiteten Islamkritik in Medien und Gesellschaft eine politische Annäherung an die Islamisten unpopulär und schwer durchsetzbar. Dabei weisen sowohl »Werte« als auch die meisten »Interessen« in die Richtung einer notwendigen Kooperation mit moderaten Islamisten. Eine solche mit dem Hinweis auf den legalistischen Aufstieg der deutschen Nazis, die demokratisch an die Macht kamen und dann eine Diktatur einführten, auszuschließen, hieße, sich in eine kaum gerechtfertigte metaphorische Gefangenschaft zu begeben. In der jüngeren Geschichte Lateinamerikas oder Südeuropas etwa gibt es viele Beispiele dafür, dass Demokratien durch Verhandlungen zwischen ehemals Radikalen entstanden.

Die aktuelle arabische Welle der Demokratisierungen bietet zudem ganz neue Spielräume. Die Islamisten sind nicht länger die stärksten Oppositionskräfte. Europäische Regierungen müssen nun versuchen, mit allen Kräften, gleich ob Islamisten, Liberale oder Linke, ins Gespräch zu kommen. Zugleich muss die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung autokratischer Regimes unter einen effektiven Demokratisierungsvorbehalt gestellt werden. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus denkbar, in einer Politik der kleinen Schritte konkrete Abkommen zu schließen, etwa im Bereich der politischen Gefangenen und des Schutzes der Zivilgesellschaft. Der Schutz von Menschenrechten und Dissidenten etwa gehörte zum Kernbestand der Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock und kann nicht als innere Einmischung abgetan werden. Wer finanzielle Unterstützung und intensive

Wirtschaftsbeziehungen will, muss dies berücksichtigen. Gerade das große wirtschaftliche Gewicht der EU, die etwa einen Großteil der palästinensischen Infrastruktur finanziert, sollte zu politischem Selbstbewusstsein Anlass geben.

Wie wahrscheinlich eine Umsteuerung der westlichen Außenpolitik in Richtung auf einen neuen Ansatz in der Demokratieförderung ist, der die autokratischen Regierungen im Nahen Osten und Nordafrika beeindrucken könnte, ohne in militärischen Schnellschuss handlungen wie in Libyen zu enden, lässt sich derzeit nicht sagen. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass eine nachhaltige Umorientierung westlicher Außenpolitik manche Diktatoren verleiten könnte, das Erdöl ihres Landes

lieber an die ressourcenarmen Konkurrenten der USA und Europas, vor allem an China, zu verkaufen. Der chinesische Wirtschaftsboom kann also in politischer Hinsicht schädlich für die islamische Welt sein. Mit einem ernsthaften Einbruch der Ölmärkte wäre allerdings wegen der wechselseitigen finanziellen Abhängigkeiten nicht zu rechnen. Selbst Iran ist trotz aller politischen Spannungen stets ein großer Außenhandelspartner Europas geblieben.

Letztlich bleibt die Frage, ob der Westen sich im Sinne seiner eigenen Ideale engagieren will und zu einer Neubestimmung seiner Interessen bereit ist. Beides muss nicht im Widerspruch stehen. Neue Konzepte auch jenseits der Militärpolitik müssen erdacht werden.

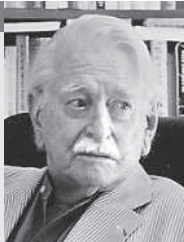
Klaus Harprecht

Die Glosse: Von der Lust, Unrecht zu haben

Klaus Harprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. 2009 erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.

Bei *S. Fischer* erscheint soeben: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.



Es könnte sein – der Konjunktiv ist zweimal zu unterstreichen –, dass sich dieser Einwurf als völlig überflüssig erwiesen hat, wenn er schließlich unsere Leser erreicht. Mit anderen Worten: der Autor riebe vergnügt die Hände, würde der Gang der Dinge demonstrieren, dass er für die Katz geschrieben hat, weil die Kanzlerin selber zu der Einsicht gelangte, sie könne der Welt in einer äußerst komplizierten Lage keinen deutschen Außenminister zumuten, dem seine Partei den Stuhl vor die Tür stellte – zumal er mit seiner Stimmenthaltung bei der Verabschiedung der Libyen-Resolution

im Weltsicherheitsrat (nicht ohne die Mitwirkung von Frau Merkel) die Bundesrepublik in eine absurde Isolation manövrierte: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurde die deutsche Außenpolitik dem Prinzip der Solidarität mit den Führungsmächten der Europäischen Union und der NATO untreu – anders als im Irak-Krieg, dem sich die Regierung Schröder/Fischer in einer zuverlässigen Allianz mit Frankreich verweigert hat. Wenn ein kleines Mirakel geschieht, wird Westerwelle seine Selbstbesessenheit zähmen und den Schreibtisch im Auswärtigen Amt aus freien Stücken räumen.

Auch ein anderer Politiker seiner Couleur hätte Anlass, sich diskret aus Angela Merkels Abschiedskabinett zurück zu ziehen. Es ist eine beschämende Wahrheit, dass der pfälzische Wirtschaftsminister Rainer Brüderle in einer Sitzung des Präsidiums des Bundes deutscher Industrie das Moratorium, das die Kanzlerin zusammen